

# General-Anzeiger

für Chemnitz und Umgegend.



(Sächsischer Landes-Anzeiger). Gegründet 1873 als „Anzeiger“ z. B. Verlag und Rotationsmaschinen-Druck von Alexander Wiede in Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.

Diese verbreitete unparteiische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal (mit Datum des nächsten Tages) und kostet mit den sechs wöchentlichen Beiblättern: 1. Sächsischer Erzähler, 2. Kleine Botenschaft, 3. Gerichts-Zeitung, 4. Sächsisches Allerlei, 5. Illustriertes Unterhaltungsblatt, 6. Lustiges Bilderbuch monatlich 50 Pfennige. 1898. Postliste: Nr. 2808. Expedition: Chemnitz, Theaterstraße Nr. 5.

Anzeigenpreis: 30 Pfennige pro Zeile für die erste Woche, 20 Pfennige für die zweite Woche, 10 Pfennige für die dritte Woche. Bei längerer Anzeigenzeitung sind besondere Abmachungen zu treffen. Die Anzeigen werden nur für die Zeit der Anzeigenannahme angenommen, da die Druck- und Vertheilung des großen Anzeiger-Blattes längere Zeit erfordert.

Für die zum Jahresbeginn bei uns zahlreich eingegangenen freundlichen Zuschriften, in denen unseren Blättern auch ferner dauernder Erfolg gewünscht wird, danken wir hiermit bestens und sprechen den werthen Gratulantinnen unsererseits den herzlichsten Glückwunsch für das neue Jahr aus. Verlag und Redaktion.

## Einladung auf das neue Abonnement des an jedem Wochentage Nachmittags erscheinenden General-Anzeiger für Chemnitz und Umgegend.

Der „General-Anzeiger“ bringt wöchentlich sechs Unterhaltungsblätter: 1. Sächsischer Erzähler, 2. Sächsische Gerichts-Zeitung, 3. Kleine Botenschaft, 4. Sächsisches Allerlei, 5. Illustriertes Unterhaltungsblatt, 6. Lustiges Bilderbuch, wovon drei illustriert sind, und kostet monatlich nur 50 Pfennige (in Chemnitz frei in's Haus).

### Frankreich am Jahreschluss.

Paris, 31. Dezember 1897. Paris läßt sich unbehaglich von der sonst nur die Zeit der Jahreswende herrschenden „Champagnerstimmung“ ist diesmal wenig zu spüren. Nicht als ob eine gewisse politische Ermüdung Platz gegriffen hätte, wenngleich eine solche nach dem durch die Dreihundert-Affäre hervorgerufenen Föllenspektakel immerhin verständlich wäre. Die Leidenschaften haben zwar abgeklungen, doch man vergißt des Panzers Dreyfus, Esterhazy und ihres — mehr oder weniger ehrenwerten — Gefolges keineswegs. Das Vorbild zu den nächstjährigen allgemeinen Wahlen, von dem Führer der Radikalen, Bourgeois, durch einen Wechsel in Südfrankreich mit kräftigen Akorden eingeleitet, findet an der Seine nur bei den entschiedenen Radikalen Beachtung. Es herrscht fast Stille über den Wassern — die Stille der Ungewissheit, der Bestimmung, und sie wurzelt in den Vorgängen am Gestade des Welken Meeres. Von den Reformen hat in den letzten Jahren unentgeltlich Frankreich die größten Anstrengungen gemacht, seine Plazze auf dem internationalen Markte zum Siege zu führen. Französische Handels- und Industriezweige ließen sich die Entsendung informeller Expeditionen nach China ganz besonders angethan sein. Es sei nur an die Unternehmungen der Spener Seidenfabrikanten erinnert, der Manufakturwaren-Exporteure, der Ingenieure und technischen Berufe u. s. w., denen auch verhältnismäßig beträchtliche Erfolge beschieden waren. Dabei muß hervorgehoben werden, daß Frankreich — im Gegensatz zu Rußland — sich ausschließlich von handelspolitischen Erwägungen leiten ließ. Nun, da der spröde Boden in höherem Maße nach Möglichkeit urbar gemacht ist, sieht sich die Republik durch das Vorgehen Deutschlands, Russlands und Englands im fernsten Osten auf das Wangschale fällt: zu spät gedankt, um mit Aussicht auf Erfolg das wirtschaftspolitische Terrain zu besetzen. Der Grimm der Franzosen richtet sich nicht so sehr gegen Deutschland als der Welsch der Russen. Es läßt sich sogar behaupten, daß das entschlossene Handeln Deutschlands in Paris imponiert hat. Denn man hört nicht selten von Kaiser Wilhelm II. in Ausdrücken der Bewunderung sprechen. Mit weit weniger schmeichelhaften Attributen wird dagegen der „Alliierte“ an der Weina bedacht: „Rußland nehme von der Existenz Frankreichs in Ostasien nicht die geringste Notiz; es läßt offenem Verwag an Freundschaft, denn es zögert nicht, zur Erreichung seiner selbstständigen Zwecke mit dem „Erbschind“ Deutschland gemeinsame Sache zu machen“ u. s. w. Die Regierung hat es wieder einmal mit Welsen verbunden. Man beschuldigt sie der Unachtsamkeit, der Lässigkeit — dieselben Männer, die man nach Bekanntwerden der französisch-russischen Allianz fast in den Himmel hob. Tag für Tag findet der Staatssekretär des Auswärtigen, Hanotaux, in den Spalten der Zeitungen bewegliche Klagen über seine Amtsführung, dieselbe Staatsmann, der vor Kurzem noch zu den „Sternen“ im Ministerreigen gezählt wurde. Ob es ihm zum Trost gereichen wird, daß er, der elegante ledige Weltmann, auch heute noch in den Kreisen der „oberen Reichtümer“ als „glänzende Partie“ gilt? . . .

Präsident Faure diktiert — wie Eingeweihte wissen wollen — befohlen in die Zukunft. Ob er am Neujahrstage mit denselben trübsaligen trübsaligen Gefühlen des Herrschers aller Reußen gedenkt wie am vorigen Neujahrstage, darüber dürften Zweifel allerdings gestattet sein. Ghirni B. y.

### Zur österreichisch-ungarischen Krise und der deutsch-österreichischen Handelsvertrag.

In der habsburgischen Monarchie ist der Versuch gescheitert die Ausgleichsverhandlungen zwischen beiden Reichshälften bis zum Ende des Jahres einem gedeihlichen Abschlusse zuzuführen. Im Verordnungswege ist bis Ende Juni ein Provisorium geschaffen, das bis Ende des Jahres 1898 Gültigkeit haben kann, wenn die dahin die Thatsachen nicht neue Verhältnisse in's Leben rufen.

Es scheint bisher wenig oder noch gar nicht beachtet zu sein, wie nahe das deutsche Reich von dem Nichtzustandekommen der Ausgleichsverhandlungen berührt wird. Das betrifft nicht unsern Bündnisvertrag und das Dreihundertverhältnis, denn dies beruht auf der durch das österreichische Grundgesetz vom 21. Dezember 1867 geschaffenen Gemeinamkeit der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs und Ungarns, wofür aber besteht ein enger Zusammenhang zwischen jenen Verhandlungen über den Ausgleich und dem deutschen Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn. Nach dem österreichischen Gesetz vom 24. Dezember 1867 und dem 16. ungarischen Gesetzartikel von 1865—67 bildet die ganze habsburgische Monarchie ein einziges Zoll- und Handelsgebiet, und diese Einheit findet ihren Ausdruck in dem 1867 zwischen Oesterreich und Ungarn auf zehn Jahre abgeschlossenen, 1877 und 1887 auf je zehn Jahre verlängerten Zoll- und Handelsabkommens. Daher konnten Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn als einem Lande abgeschlossen werden; ihrer Annahme war freilich erforderlich durch die Parlamente beider Reichshälften. Das österreichische Abgeordnetenhaus genehmigte den deutschen Vertrag am 22. Januar 1892, das ungarische Unterhaus am 23. das Oberhaus am 28. Dezember 1891. Recht bezeichnender Weise wurden im ungarischen Unterhause damals bereits Bestimmungen laut, es sei unangebracht, auf zwölf Jahre, also bis 1903 (bzw. 15. Februar 1904) solchen Vertrag zu schließen, da das Zoll- und Handelsabkommens zwischen Oesterreich und Ungarn mit dem Jahre 1897 abläufe. Der Ministerpräsident Graf Szapary und der Handelsminister Baroth waren damals mit Erfolg bemüht, beratende Bedenken zu gestreuen; war man doch auch um so mehr geneigt, sich über sie hinwegzusetzen, als von seiner Seite das Zustandekommen des Vertrages schließlich gewünscht wurde, wie gerade von den ungarischen Getreidehändlern und ihrem sehr weit verbreiteten Ausgange!

Der Zustand, dessen mögliches Eintreten von vorsichtigen Leuten damals hervorgehoben wurde, ist durch den vorläufig resultierenden Verlauf der Ausgleichsverhandlungen nahezu Wirklichkeit geworden: läßt das durch Verordnung geschaffene Provisorium resultatlos ab — und das ist bei den beiderseitigen sehr großen Schwierigkeiten doch zu leicht möglich —, dann hört durch die Nichterneuerung des Gesetzes vom 24. Dezember 1867 die Zollgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn auf, und hat seit dem einen Lande, mit dem Deutschland den Handelsvertrag geschlossen hat, sind dann zwei in zollpolitischer Hinsicht selbstständige Staaten vorhanden. Ob Oesterreich und Ungarn dann autonome Tarife aufstellen werden — das ist ja zweifelhaft; noch zweifelhafter dürfte sein, daß sie sich gegenseitig besondere Zollvergünstigungen gewähren — das würde in direktem Widerspruch zu dem Handelsvertrag mit dem meistbegünstigten deutschen Reiche stehen. Unter allen Umständen würden aber doch wohl besondere Nachtrags- oder Zusatzverträge zwischen dem deutschen Reiche und jedem der beiden Länder sich nötig machen, um dadurch auch in formaler Hinsicht die unantastbare Fortdauer des Vertrages mit Deutschland bis zum 15. Februar 1904, wie auch der gleichzeitigen Verträge mit Italien und Belgien sicher zu stellen. Man darf sich aber auch nicht wundern, wenn in den überaus weiten Kreisen des deutschen Volkes, in denen der deutsch-österreichische Handelsvertrag weder bei dem Abschluß, noch nach dem Abschluß der Verträge, vielmehr bis heute nur als ein Erinnerungszusatz der Welt ist, ein „Politik der Freigebigkeit“ angesehen wird, wenn in diesen weiten Kreisen sich Stimmen erheben, die dem Abschluß von Nachtrags- oder Zusatzverträgen die einfache Kündigung des Handelsvertrages vorgeziehen. Und es ist gar nicht zu leugnen: verläßt das österreichisch-ungarische Provisorium resultatlos, dann ist der formelle Grund für die Kündigung vorhanden; denn die thatsächlichen Voraussetzungen, unter denen der Handelsvertrag geschlossen wurde, haben sich dann geändert. Die ganze Frage ist von so hoher Bedeutung, daß man mit Sicherheit erwarten darf, sie wird im Reichstag zur Sprache kommen und dann auch eine Äußerung unserer jetzigen Regierung herbeiführen.

### Politische Rundschau.

Chemnitz, den 3. Januar 1898.

#### Deutsches Reich.

Berlin, 2. Januar. Ueber den Gesundheitszustand des Großherzogs von Baden wird aus Karlsruhe gemeldet, daß der Großherzog seit Weihnachten an einem fieberigen, mit Fieber verbundenen Bronchialkatarrh leidet. Indes ist sein Befinden in fortschreitender Besserung begriffen, so daß der Patient den größten Theil des Tages wieder außer Bett zubringen kann. — Die aus 21 Mitgliedern bestehende Kommission zur Vorberatung der Novelle zur Zivilprozessordnung hat ihre Vorarbeiten beendet. In nächster Zeit findet eine Sitzung statt, in welcher über die in Vorschlag gedachten Zusatz- und Abänderungsanträge Beschluß gefaßt werden soll. Die Anträge werden dann in Form einer Petition dem Reichstage zugehen. — Es wird der „Post“ bestätigt, daß vom Reichsamte des Innern für den 4. Januar nach Berlin eine Anzahl versicherungstechnischer Sachverständiger eingeladen ist zu dem Zwecke von Vorbesprechungen über Versicherungsfragen. Die Besprechungen betreffen die vorläufigen Grundzüge für ein einheitliches Reichsversicherungsgesetz, welches zunächst die öffentlich-rechtlichen Fragen des Versicherungswesens umfassen würde. Die im Reichsamte des Innern tagenden Konferenzen dürften mehrere Tage beanspruchen. Sie tragen einen vertraulichen Charakter. — Seitens der Reichsverwaltung wird die Anlage einer strategischen Eisenbahnverbindung zwischen den Festungen Mainz und Rhey geplant. Es haben bereits durch ein Kommando vom zweiten Berliner Eisenbahn-Regiment Vermessungen stattgefunden. Drei Pläne scheinen vorgezogen. In erster Linie handelt es sich um eine Linie Mainz-Kornheim-Wendelsheim-Büchel-Kalkofen durch

das Mandachthal hinab zur Aßenz, von da ab über Ober-Woschel-Rehborn zur Rhein-Raye-Bahn; zweitens von Ober-Woschel über Weisenheim-Saarlouis-Saarbrücken-Reg; drittens von Büchel über Münsterappel-Rodenhausen nach Rheyweiler-Landstuhl oder Woffel. Von den Ergebnissen der vorgenannten Vermessungen wird es abhängen, für welche dieser drei Linien sich die Reichsverwaltung entscheiden wird.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Untersuchungen über die Reform der Personentaxen der preussischen Staatsbahnen sind bis zur letzten Zeit festgesetzt, haben sich indessen bisher nicht zu einem bestimmten Plane verdichtet. Gänzlich unzutreffend ist die Meldung, daß ein solcher Plan gegenwärtig dem Finanzminister geprüft werde. Die neueren Untersuchungen betreffen nicht sowohl in der Richtung der Verbilligung, als vielmehr die Vereinfachung der Personentaxen. Zunächst werden Besprechungen der beteiligten Bundesregierungen stattfinden über die Umgestaltung der Personentaxe, welche thmatisch auf das gesammte Netz der deutschen Eisenbahnen auszudehnen ist.

### Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Prag, 1. Januar. Der Ministerpräsident Graf v. Sotonyi hat als Vertreter der Deutschen die geordneten Dr. Scheflinger, Rippert, Funke und Karl Schuderer einer unverbindlichen Besprechung über die politische Lage eingeladen, welche am 3. Januar in Wien stattfinden soll.

Frankreich. Paris, 2. Januar. Bei dem Abschiedsbesuch welches im Ministerium des Auswärtigen zu Ehren des bisherigen russischen Botschafters Baron v. Mohrenheim stattfand, brachte der Minister des Auswärtigen Hanotaux einen Trinkspruch aus, welchem er dem Bedauernden gab, welches die Absicht der Botschafters bei der Regierung, der Pariser Bevölkerung und der Lande hervorrufe. Die innigen Beziehungen, welche die beiden Nationen verbinden, seien ein Gut für Jedermann, da sie Harmonie und allgemeinen Eintracht bündeln. Baron v. Mohrenheim gab in seiner Erwiderung zunächst der Bezeugung Ausdruck, die beim Scheiden empfinde, und erinnerte an die für ihn unvergeßlichen Beweise von Sympathie, herzlicher Freundschaft und aufrichtiger Neigung, welche er in Frankreich erhalten. Er schloß mit den Worten: „Bewegten Herzens erhebe ich mein Glas zu Ehren der französischen Regierung und der französischen Nation.“

Spanien. Madrid, 1. Januar. „El Tiempo“ bezieht in einer Besprechung der Protokolle des Generals Weyler dieses als einen Beweis für das Vorhandensein eines Geistes von Disziplinlosigkeit. Gestern Abend gab Romeo Rodero dem General Weyler und anderen Generälen ein Festmahl, was in der Presse lebhaft besprochen wird.

Auf Befehl des Kriegsministers ist die Verfolgung der japanischen Wälder eingestellt worden, welche den Protokoll Weylers verzerren sollen. Großbritannien. London, 2. Januar. Der Petersburger Vertreter des „Daily Telegraph“ theilt Nachrichten eines russischen Diplomaten mit, der versichert, die Entwicklung der ostasiatischen Frage hänge gänzlich von der Fortdauer freundschaftlicher Beziehungen Russlands zur japanischen Regierung ab. Japan sei darüber durchaus im Klaren. Ein vorläufiges Eingehen von seiner Seite sei daher nicht zu erwarten, da es die guten Beziehungen zu Russland, Frankreich und Deutschland zu schätzen wisse, und überzeugt sei, daß es durch ein Zusammengehen mit diesen Mächten viel erreichen werde.

### Die innere Politik in Deutschland im Jahre 1897.

Die innere Politik in Deutschland zeigte im letzten Jahre ein doppeltes Gesicht: ein trübliches und ein heiteres. Glücklicherweise war der zweit: Theil des Jahres das sich heiterer gestaltende, und so konnte man nach dem Sprichworte: „Wer zuletzt lacht, lacht am besten“ doch schließlich noch mit dem Verlanke des Jahres im Großen und Ganzen zufrieden sein. Das Jahr ließ sich nicht gut an. Der Reichstag nahm, nachdem die Weimarerferien zu Ende gegangen waren, dieselbe Oppositionsstellung der Regierung gegenüber ein, wie vorher. In dieser Stimmung schaute er einige der wichtigsten Forderungen des Marineetats für das Jahr 1897 ab. Um die übrigen war seine Thätigkeit eine recht geringe. Der Artikelhluß war so ungeschickt verfaßt, daß der Reichstag mitten in der eigentlichen Arbeitszeit eine große Ausrastpause machen mußte. Aber auch in den Sitzungen kam wenig heraus. Die Daudweckerfrage und der Margarine-Antrag wurden zwar besprochen, aber Freund wie Feind waren sich darüber einig, daß große Wirkungen von keinem dieser beiden Gesetze zu erwarten seien. In dieser geringen materiellen Thätigkeit des Reichstages kam noch die animöse Stimmung, die gegen die Regierung herrschte, und die ihren Gipfelpunkt in der Rede des Abgeordneten Richter vom 18. Mai fand, in der nicht nur die Regierung, sondern auch die höchsten Personen im Staate aufs Festigste angegriffen wurden. Der Grund zu dieser Mißstimmung lag zum Theil freilich auch in außerparlamentarischen Vorgängen. Das Wort von den Daudweckern, der Ausdruck von den unterirdischen Weselen: all dies verstimmt auch in Kreisen, die durchaus monarchisch gesinnt sind. Selbst der legerwähnte Ausdruck wirkte in den Kreisen, die immer seit keineswegs gegen die Marineforderungen eingenommen waren, sondern im Gegentheil durchaus für den Ausbau der deutschen Flotte eintraten, auf die also das harte Wort nicht gemäht war, desto mehr, weil sie sagten, daß unter allen Umständen das deutsche Reich ungedeihen könne, wenn die für seine Entwicklung maßgebenden Faktoren einander mit dem der Bedeutung ihrer Stellung entsprechenden Respekt behandelten. Zu diesen Unzufriedenheiten trat nun auch noch die sehr begriffliche Unruhe, die durch das Ausscheiden mehrerer hoher Staatsbeamten aus ihren Stellungen entstand. Waren die Beamten